

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Antrag und Bericht zum WOV-Postulat betreffend Trauungen am Samstag, eingereicht von Gemeinderätin Yvonne Beutler (SP), namens der SP-Fraktion

Antrag:

1. Vom Bericht des Stadtrates zum WOV-Postulat betreffend Trauungen am Samstag wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.

Bericht:

Am 24. Februar 2003 reichte Yvonne Beutler mit 38 Mitunterzeichnenden namens der SP-Fraktion folgendes WOV-Postulat ein:

„Der Stadtrat wird eingeladen, die Möglichkeit zu schaffen, dass sich Paare künftig auch am Samstag trauen lassen können.“

Begründung

Immer mehr Paare verzichten auf eine kirchliche Trauung. Dennoch bleibt der Wunsch nach der Einheit von Trauungszeremonie und Fest bestehen. Deshalb besteht schon heute ein Run auf die attraktiven Trauungszeiten nahe dem Wochenende. Wegen der Schaffung eines einheitlichen Zivilstandskreises nimmt dieser noch zu.

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, die Trauungszeiten auf den Samstag auszuweiten und so einem ausgewiesenen Bedürfnis der Bevölkerung zu entsprechen.“

Der Stadtrat äussert sich dazu wie folgt:

Das Dienstleistungsangebot des Gemeinwesens hat sich in erster Linie und soweit es die gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen erlauben, an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu orientieren. In diesem Sinn bekennt sich der Stadtrat zu einer leistungsfähigen Verwaltung, die ihre Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Winterthur effizient und kundenfreundlich anbietet. Unter diesem Gesichtswinkel wäre es in der Tat wünschenswert, wenn in Winterthur nicht nur werktags, sondern auch an Samstagen Trauungen vollzogen werden könnten. Dies läge zudem auf der Strategie des Bereichs Melde- und Zivilstandswesen, welchem das städtische Zivilstandsamt unterstellt ist, und würde den Ruf von Winterthur als beliebte Hochzeitsstadt weiter stärken. Das Zivilstandsamt war in den letzten Jahren bereits verschiedentlich bestrebt, sich noch besser auf die Bedürfnisse

der Brautpaare auszurichten: Die Dauer der Trauzeremonie wurde von 10 auf 25 Minuten erstreckt, und an besonders einprägsamen Daten sind auch ausserhalb der ordentlichen Öffnungszeiten Trauungen möglich. Ferner sind die Mitarbeitenden des Zivilstandsamtes eigens in kundenorientiertem Verhalten geschult worden. Eine Besonderheit bildet der Empfang der Brautleute, ein feierlicher Anlass, der alle ein bis zwei Jahre im Park des Museums Lindengut stattfindet und inzwischen aus dem Veranstaltungskalender des Melde- und Zivilstandswesens nicht mehr wegzudenken ist.

So sehr es für den Stadtrat nach dem Gesagten auch wünschenswert ist, die Trauungszeiten auf den Samstag auszuweiten, so stehen diesem Anliegen gegenwärtig doch finanzpolitische Bedenken entgegen. Geradezu beispielhaft zeigt sich hier der Zielkonflikt zwischen Sach- und Finanzpolitik, welcher angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage und der trüben Finanzperspektiven immer mehr an Aktualität gewinnen wird: Während aus sachpolitischer Sicht der gewünschte Leistungsausbau anzustreben wäre, mahnt die Finanzpolitik zur Ausgabendisziplin und Prioritätenbildung; eine auf Zurückhaltung bedachte, verantwortungsvolle Finanzpolitik soll den Rahmen vorgeben, innerhalb welchem sich die Sachpolitik bewegen kann und muss. Die Stadt Winterthur leidet bekanntlich seit Jahren unter anhaltender Finanzknappheit, und nach dem neuerlichen Rückgang der Fiskaleinnahmen hat sich die Situation weiter verschlechtert. Im Verwaltungsbereich wird deshalb künftig noch verstärkt gespart werden müssen. Aus diesem Grund werden derzeit im Rahmen des Projekts „win.03“ strukturelle Massnahmen geprüft, um den städtischen Finanzhaushalt nachhaltig zu entlasten. Im Zuge dieser Sanierungsbemühungen wird auch zu prüfen sein, ob das städtische Dienstleistungsangebot in der heutigen Form aufrechterhalten werden kann; selbst ein partieller Leistungsabbau ist mit andern Worten nicht auszuschliessen. Während bereits in den vergangenen Jahren jedes Budget und jeder Finanzplan auch das Ergebnis einer Verzichtsplannung waren, sind künftig noch weitere Anstrengungen nötig, um die städtischen Finanzen nachhaltig ins Gleichgewicht zu bringen. Ausgabenseitige Sparmassnahmen werden deshalb vermehrt in den Vordergrund der finanzpolitischen Bemühungen rücken; ein teilweiser Verzicht auf an sich wünschbare Projekte wird unvermeidbar sein.

Der Stadtrat geht mit der Postulantin einig, dass die Möglichkeit, sich auch samstags trauen lassen zu können, in Winterthur einem Bedürfnis entspricht. In der Stadt Zürich finden bereits seit langem samstags Trauungen statt, ebenso in einigen kleineren Gemeinden. Weil in Zürich eine Trauung lediglich 8 bis 10 Minuten dauert, werden dort an einem Samstag bis zu 16 Paare vermählt, was einem Anteil von etwa 30 Prozent der Trauungen entspricht. Übertragen auf die Verhältnisse in Winterthur wäre jährlich mit ungefähr 200 Trauungen an Samstagen zu rechnen. Die dafür erforderliche, zusätzliche Präsenzzeit liesse sich jedoch nicht mit dem heutigen Personalbestand des Zivilstandsamtes an einem andern Wochentag kompensieren. Im Zivilstandswesen fallen nebst Trauungen zahlreiche weitere Aufgaben an, die nur während der üblichen Öffnungszeiten unter der Woche und mit dem vollen Einsatz aller Mitarbeitenden zu bewältigen sind. Das gilt gegenwärtig umso mehr, als die per Anfang dieses Jahres aufgenommene Zusammenarbeit im erweiterten Zivilstandskreis und parallel dazu die Inbetriebnahme der Datenbank „Infostar“ des Bundes in nächster Zeit die Ressourcen des Zivilstandsamtes noch verstärkt binden wird. Aufgrund der verlängerten Präsenzzeit samstags müsste deshalb mindestens eine zusätzliche 50-Prozent-Stelle geschaffen werden. Nebst höheren Personalkosten fielen aber auch Mehraufwendungen für die Miete des Traulokals und für die Hauswartung an, so dass insgesamt mit jährlich wiederkehrenden Mehrausgaben von mindestens Fr. 90'000.- zu rechnen wäre. Dieser Kostenbetrag liesse sich auch nicht durch Mehreinnahmen aufgrund einer entsprechenden Gebührenerhöhung ausgleichen, denn Trauungen sind von Gesetzes wegen grundsätzlich kostenlos.

Die gewünschte Erweiterung der Trauungszeiten hätte demnach Mehrkosten zur Folge, die in der heutigen Zeit anhaltender Finanzknappheit nicht mit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik vereinbar wären. Zur Sanierung des städtischen Finanzhaushalts ist in erster Linie eine nachhaltige Aufwandverminderung anzustreben und sind die knapp gewordenen Finanzmittel dort einzusetzen, wo sie am dringlichsten benötigt werden. Mit Bedauern muss

der Stadtrat deshalb vorderhand davon absehen, auch samstags Trauungen einzuführen; denn obwohl zweifellos wünschenswert, kann dieser zusätzlichen Dienstleistung – bei der gebotenen, zurückhaltenden finanzpolitischen Betrachtungsweise – innerhalb der staatlichen Aufgabenerfüllung derzeit leider keine prioritäre Bedeutung beigemessen werden; insofern muss hier zwischen dem sachpolitisch Wünschbaren und dem finanzpolitisch Machbaren unterschieden werden. Der Stadtrat ist jedoch gewillt, das postulierte Anliegen umzusetzen, sobald es die finanziellen Rahmenbedingungen erlauben.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Vorsteher des Departements Sicherheit und Umwelt übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

Wohlwend

Der Stadtschreiber:

Frauenfelder